

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/2381

"Periodischer Sicherheitsbericht und Kriminalstatistik"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/2381 vom 24.06.2014
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/2664 des KI vom 09.07.2014
3. Beschluss des Plenums 17/3131 vom 30.09.2014
4. Plenarprotokoll Nr. 25 vom 30.09.2014



Antrag

der Abgeordneten **Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt, Harry Scheuenstuhl SPD**

Periodischer Sicherheitsbericht und Kriminalstatistik

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, ab dem Jahr 2015 nicht nur eine Kriminalstatistik alter Art vorzulegen, sondern dem Landtag auch einen periodischen Sicherheitsbericht, der eine verlässliche jährliche Bestandsaufnahme der Kriminalitätslage enthält, die über die bloße Analyse der Kriminalstatistik und der Strafverfolgungsstatistiken hinausgeht.

Begründung:

1. Der Nachteil einer jeden Aussage zur Entwicklung von Kriminalität, die auf Daten über „registrierte“ Kriminalität gestützt ist, besteht darin, dass unklar ist, ob die statistischen Zahlen die Entwicklung der „Kriminalitätswirklichkeit“ widerspiegeln oder ob sie lediglich das Ergebnis der Verschiebung der Grenze zwischen Hell- und Dunkelfeld sind. Ohne Zusatzinformationen aus Dunkelfeldforschungen bleibt es ungewiss, ob die kriminalstatistischen Zahlen die Entwicklung der „Kriminalitätswirklichkeit“ adäquat wiedergeben.
2. Die fehlende Dunkelfeldforschung ist eine unverzichtbare Ergänzung der amtlichen Statistiken. Letztere stellen derzeit nur das Hellfeld der Kriminalität dar. Für eine rationale Kriminalpolitik ist jedoch die Dunkelfeldforschung ebenso unverzichtbar wie die Kriminalstatistik selbst.
3. Die Gesamtaufklärungsquote hat keine eigenständige Aussagekraft. Und auch innerhalb einzelner Deliktsbereiche ist die kriminalistische Aussage begrenzt. So sind von 100 wegen Mordes oder Todschlags ermittelten erwachsene Tatverdächtige nur etwa 25 Prozent deswegen verurteilt worden, bei Raub 28 Prozent, bei schwerer Körperverletzung 17 Prozent und bei einfacher Körperverletzung 15 Prozent. Es erhebt sich daher die Frage, was mit den erwachsenen Tatverdächtigen geschehen ist, die nicht verurteilt worden sind. Da es in Deutschland keine Verlaufsstatistik gibt, kann statistisch nicht ermittelt werden, wie die Ermittlungsverfahren gegen Beschuldigte abgeschlossen worden sind. Im Strafrechtsbereich erlaubt sich also der Staat, „ohne anständige Buchhaltung zu arbeiten“. Ohne eine solche Buchhaltung gibt es aber auch keine Erfolgskontrolle. Endziel muss daher eine Verlaufsstatistik sein.



Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und
Sport**

**Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer,
Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u.a. SPD
Drs. 17/2381**

Periodischer Sicherheitsbericht und Kriminalstatistik

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung in folgender Fassung:
„**Sicherheitsbericht und Kriminalstatistik**“

Die Staatsregierung wird aufgefordert, spätestens im Jahr 2016 dem Landtag nicht nur eine Kriminalstatistik alter Art vorzulegen, sondern auch einen Sicherheitsbericht, der eine verlässliche Be-standsaunahme der Kriminalitätslage enthält, die über die bloße Analyse der Kriminalstatistik und der Strafverfolgungsstatistiken hinausgeht.“

Berichterstatter:
Mitberichterstatter:

**Prof. Dr. Peter Paul Gantzer
Manfred Ländner**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 17. Sitzung am 9. Juli 2014 beraten und einstimmig in der in I. enthaltenen Fassung Zustimmung empfohlen.

Dr. Florian Herrmann
Vorsitzender



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt, Harry Scheuenstuhl SPD

Drs. 17/2381, 17/2664

Sicherheitsbericht und Kriminalstatistik

Die Staatsregierung wird aufgefordert, spätestens im Jahr 2016 dem Landtag nicht nur eine Kriminalstatistik alter Art vorzulegen, sondern auch einen Sicherheitsbericht, der eine verlässliche Bestandsaufnahme der Kriminalitätslage enthält, die über die bloße Analyse der Kriminalstatistik und der Strafverfolgungsstatistiken hinausgeht.

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 7** auf:

Abstimmung

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gibt es Gegenstimmen? – Keine Gegenstimmen. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltungen. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Damit sind wir am Ende der Tagesordnung angelangt. Ich schließe die Sitzung und wünsche Ihnen einen schönen Abend.

(Schluss: 19.15 Uhr)

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zu Grunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 (Tagesordnungspunkt 7)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Helga Schmitt-Büssinger, Florian Ritter, Dr. Christoph Rabenstein u.a. SPD
Nazi-Aufkleber bei der Polizei - Aufklärung und Konsequenzen dringend geboten!
Drs. 17/2096, 17/2665 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

2. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u.a. SPD
Sicherheit bei Sportveranstaltungen
Drs. 17/2294, 17/2666 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

3. Antrag der Abgeordneten Gudrun Brendel-Fischer, Dr. Florian Herrmann, Angelika Schorer u.a. CSU
Maßnahmen der Städtebauförderung
Drs. 17/2300, 17/2789 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u.a. SPD
Periodischer Sicherheitsbericht und Kriminalstatistik
Drs. 17/2381, 17/2664 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Cybercrime - Zusammenarbeit von BSI und Landesbehörden beim
millionenfachen Datendiebstahl
Drs. 17/2408, 17/2791 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Josef Zellmeier, Dr. Florian Herrmann, Norbert Dünkel u.a. CSU
Bericht zum Bayerischen Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus
Drs. 17/2513, 17/2790 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Dr. Florian Herrmann, Petra Guttenberger, Josef Zellmeier u.a. CSU
Umsetzung der Erkenntnisse der Untersuchungsausschüsse des Bayerischen Landtags und des Deutschen Bundestags zum NSU
Drs. 17/2550, 17/2667 (ENTH) [X]

Antrag der CSU-Fraktion gemäß § 126 Abs. 3 GeschO:
Votum des mitberatenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht zum Vorfall mit Todesfolge in der JVA Landshut
Drs. 17/2201, 17/3074 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Petra Guttenberger, Josef Zellmeier u.a. und Fraktion (CSU)
Bericht über den Tod eines Untersuchungshäftlings
Drs. 17/2214, 17/3073 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>